

9561/AB

vom 21.09.2016 zu 9999/J (XXV.GP)

BMJ-Pr7000/0161-III 1/2016



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 9999/J-NR/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Sachwalterschaften 2016“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1 bis 4:

Ich verweise auf die der Anfragebeantwortung angeschlossene, aktualisierte Sonderauswertung „Sachwalterschaften“.

Zur Hebung der Datenqualität wurde beginnend mit dem Jahr 2015 eine neue Prüflistenanforderung eingeführt, wonach nunmehr die Aufhebung der Sachwalterschaft im System verlässlicher nachvollzogen wird. Die Wirkung dieser Maßnahme wird durch den Rückgang der anhängigen Sachwalterschaften im Vergleich zur Voranfragebeantwortung deutlich.

Zu 5:

Im Jahr 2015 gab es 16.853 Anregungen auf Sachwalterbestellung.

Zu 6:

Im Jahr 2015 wurden 654 Sachwalterschaften infolge Wegfalls der Voraussetzungen beendet, 9.061 infolge Todes der Betroffenen.

Zu 7:

Im Jahr 2015 wurden von den Sachwaltervereinen insgesamt 7.420 Clearingberichte erstattet. Setzt man dies in Bezug zur Anzahl der Sachwalterschafts-Anregungen im Jahr 2015 (siehe Fragepunkt 5), ergibt dies eine „Clearing-Quote“ von rund 44%!

Zu 8 und 9:

Mit Stand 1. Jänner 2016 waren im Zentralen Österreichischen Vertretungsverzeichnis 64.928 Vorsorgevollmachten und 13.094 Vertretungsbefugnisse nächster Angehöriger

eingetragen.

Zu 10:

Der Ministerialentwurf für ein 2. Erwachsenenschutzgesetz war bis 12. September 2016 in Begutachtung (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00222/index.shtml). Aktuell wird unter Berücksichtigung der Stellungnahmen eine Regierungsvorlage erarbeitet.

Wien, 21. September 2016

Dr. Wolfgang Brandstetter

